

Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

30. November 2018

Wochenbericht KW 48

forsa | Emnid | IfD Allensbach | infratest dimap

	Rückzugsankündigung von Angela Merkel, Nachfolgediskussion
Wichtigste Themen:	Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/ Abschiebungen Ukraine-Krise
Themen Bundesregierung:	Flüchtlingspolitik, Diesel-Skandal
Allgemeine Lebenslage:	Mehrheit sieht Entwicklung im Land negativ, gleichwohl weiterhin hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
Wähleranteile:	Union bei 28 % bzw. 27 %, SPD zwischen 17 % und 14 % Grüne zwischen 23 % und 19 %, AfD zwischen 15 % und 13,5 %

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach ² für FAZ	infratest dimap³ für ARD
CDU/CSU	27 (-1)	28 (+2)	28,0 (-1,0)	28 (+2)
SPD	14 (-)	15 (-)	17,0 (-2,0)	14 (-)
FDP	9 (-)	9 (-)	9,5 (+1,0)	9 (+1)
DIE LINKE	8 (-1)	9 (-)	9,0 (-)	8 (-1)
B'90/Grüne	23 (-)	19 (-2)	19,0 (+4,0)	21 (-2)
AfD	14 (+2)	15 (-)	13,5 (-1,5)	15 (+1)
Sonstige	5 (-)	5 (-)	4,0 (-0,5)	5 (-1)
Erhebungszeitraum	1923.11.	2228.11.	0215.11.	2728.11.

Die Union liegt bei infratest dimap 14 (+2), bei forsa 13 (-1), bei Emnid 13 (+2) und bei IfD Allensbach 11 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
Merkel	47 (-)	
Nahles	10 (-1)	
Merkel	41 (+1)	
Scholz	20 (-2)	
Erhebungszeitraum	1923.11.	

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 37 (+1) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 21 (+3) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

78 % (+3) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 4 % (-) Nahles. Von den CSU-Anhängern würden sich 68 % (+1) für Merkel und 5 % (+2) für Nahles entscheiden. 27 % (-2) der SPD-Anhänger präferieren Nahles und 35 % (-) Merkel.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 73 % (+5) der CDU-Anhänger für Merkel und 9 % (-2) für Scholz aus; von den CSU-Anhängern würden sich 68 % (+8) für Merkel und 7 % (-) für Scholz entscheiden. 48 % (-1) der SPD-Anhänger präferieren Scholz und 27 % (+1) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (02.12.2018)

² im Vergleich zur KW 42

³ im Vergleich zur KW 46

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	19	(-1)
SPD	4	(-)
sonstige Parteien	24	(+1)
keine Partei	53	(-)
Erhebungszeitraum	1923.11.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 15 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

53 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

58 % (+2) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 27 % (-3) von ihrer Partei.

Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	18 (-2)	
schlechter	45 (+3)	
unverändert	34 (-2)	
Erhebungszeitraum	1923.11.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 27 (+5) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 45

Die Dinge entwickeln sich	forsa ^{für} BPA
eher in die richtige Richtung	39 (+1)
eher in die	54 (-)
falsche Richtung	34 (-)
Erhebungszeitraum	1923.11.

Anhänger der Union (58 %), der FDP (48 %), der Grünen (46 %) und der SPD (45 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Dieser Meinung sind Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (44 % zu 31 %).

Für Ostdeutsche (65 %) und 30- bis 59-Jährige (60 %) sowie für Anhänger der AfD (89 %) und der Linkspartei (64 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.



Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 45

Wie zufrieden sind Sie?	(sehr) zufrieden		weniger bzw. gar nicht zufrieden	
mit der Lebensqualität in Deutschland	83	(-3)	16	(+3)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	70	(-3)	26	(+4)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	45	(-2)	49	(+2)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	45	(-3)	54	(+3)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	36	(-2)	61	(+1)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	31	(+3)	67	(-2)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	30	(-)	66	(+1)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	30	(-2)	68	(+2)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	26	(-4)	73	(+5)
Erhebungszeitraum		192	3.11.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (83 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (70 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In sechs von neun Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Männer (50 %) sowie Anhänger der Grünen (59 %), der Linkspartei (54 %) und der SPD (51 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem <u>Schutz vor Gewalt und Kriminalität</u>. Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (59 % zu 33 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (56 % zu 25 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (53 % zu 32 %). Ostdeutsche (72 %) und Anhänger der AfD (84 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

30- bis 44-Jährige (81 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (78 %) sowie Anhänger der Linkspartei (87 %) und der AfD (81 %) sind besonders oft unzufrieden mit der <u>Sicherung der Altersversorgung</u>.

Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

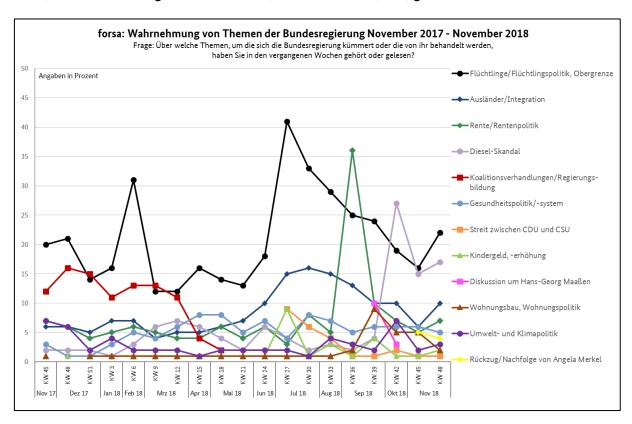
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 45

	forsa für BPA
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze	22 (+6)
Diesel-Skandal	17 (+2)
Ausländer/Integration	10 (+4)
Rente/Rentenpolitik	7 (+2)
Gesundheitspolitik/ -system	5 (-1)
Erhebungszeitraum	1923.11.

Die Flüchtlingspolitik und der Diesel-Skandal sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die <u>Flüchtlingspolitik</u> wird besonders häufig von Anhängern der AfD (39 %) und der FDP (35 %) genannt.

Der <u>Diesel-Skandal</u> wird überdurchschnittlich oft von 30- bis 44-Jährigen (24 %) und Gutverdienern (23 %) sowie von Anhängern der FDP (29 %) und der Grünen (21 %) genannt.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infra dim für B	ар
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	18	(+4)
Ukraine-Krise, Krieg im Osten der Ukraine, Krim-Krise	16	(neu)
Rückzugsankündigung von Angela Merkel, Nachfolgediskussion	13	(+1)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	9	(-6)
UN-Migrationspakt	5	(-1)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	5	(-)
Erhebungszeitraum	2728	3.11.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Themen "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen", "Ukraine-Krise, Krieg im Osten der Ukraine, Krim-Krise" und "Rückzugsankündigung von Angela Merkel, Nachfolgediskussion".

Anhänger der AfD (32 %) nennen das Thema <u>"Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungsund Asylpolitik/Abschiebungen"</u> besonders oft.

35- bis 49-Jährige, Personen mit hoher formaler Bildung (jew. 23 %) und Gutverdiener (21 %) sowie Anhänger der Grünen (25 %), der SPD und der FDP (jew. 24 %) erwähnen die <u>Ukraine-Krise</u> überdurchschnittlich häufig.

Über 65-Jährige (19 %) sowie Anhänger der Union (22 %), der SPD (20 %) und der FDP (18 %) nennen die Rückzugsankündigung von Angela Merkel bzw. die Nachfolgediskussion überdurchschnittlich oft.

